Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die 4spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 40. Sonnabend den 9. Februar 1884. 78. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

**Sonntag, den 10. Februar, Vormittags nur bis ½9 Uhr**

geöffnet.

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Bei dem Reichsgericht soll für die Zeit **vom 1. April 1884 bis zum 31. März 1885** die Herstellung der erforderlichen **Bücher-Einbände**, sowie die Lieferung des **Feuerungsmaterials, bestehend in 2000 bis 2500 Centnern Pechschlackenkohlen bester Qualität**, im Wege der Submission vergeben werden.

Die Offerten, welche als solche äußerlich erkennbar zu machen sind, werden nebst den vorzulegenden **Proben bis zum 10. März d. J.** einschließlich, während der Dienststunden, im Gerichtsgebäude des Reichsgerichts, und zwar **in der Bibliothek**, bezw. in der **Botenmeisterei — Zimmer Nr. 16 —**, woselbst auch über die Lieferungsbedingungen Auskunft ertheilt wird, entgegen genommen.

Leipzig, den 8. Februar 1884.

**Die Gerichtsschreiberei des Reichsgerichts.**

### Bekanntmachung.

Das 5. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 20. dieses Monats** auf dem Rathhaushofe zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1529. Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Gartenbaues; vom 31. Januar 1884.

Leipzig, am 6. Februar 1884.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Tröndlin. Sntz.

### Bekanntmachung.

Die Glaser-, Tischler- und Schlosserarbeiten an dem Neubau der VIII. Bezirks-Schule sollen vergeben werden. Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen können auf dem Rathhause (Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5) entnommen werden, woselbst auch die Zeichnungen einzusehen sind.

Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

**„VIII. Bezirks-Schule"**

bis zum 18. Februar cr. Nachmittags 5 Uhr auf dem Rathhause einzureichen.

Leipzig, am 6. Februar 1884.

**Die Baudeputation des Raths.**

### Brennholz-Auction.

**Montag, den 18. Februar c.,** sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Gehau in Abtheilung 27c **(im Gautzscher Pfarrholze)** ca. 83 **starke Langhaufen** und
" 200 Bund **Dornen**
unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung nach dem Meistgebot verkauft werden.

**Zusammenkunft:** auf dem Schlage an der **weißen Brücke** auf der Connewitzer Linie.

Leipzig, am 1. Februar 1884.

**Des Raths Forst-Deputation.**

### Submission.

Die Herstellung einer Einfriedigung der **Garnison-Dampfwaschanstalt zu Leipzig-Gohlis** soll vergeben werden.

Kostenanschlag und Contractsbedingungen liegen im Geschäftslocale der hiesigen Garnison-Verwaltung aus und sind die Offerten versiegelt und mit der Aufschrift **„Einfriedigung"** versehen, bis spätestens **den 14. Februar c. Vormittags 11 Uhr** dahin abzugeben.

Leipzig, den 6. Februar 1884.

**Militär-Baudirection.**
Portius.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Naturalien für das Garnisonlazareth zu Leipzig **vom 1. April 1884 bis Ende März 1885** soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Der abgeleitete Bedarf beträgt nach Centnern: **Roggenbrod 250, Semmeln 30, Bohnen, Erbsen, Linsen, je 12, Nudeln, Grünpchen, Reis und Roggenmehl je 10, Grieß (Buchweizen- und Weizen-) je 7, Grütze (Gersten- und Hafer-) je 8, Hirse und Speisesalz je 15, Rindfleisch 110, Hammel- und Schweinefleisch je 15, sowie etwas Kalbfleisch und Schinken, ferner 130 Hektoliter Braunbier und 2500 Portionen Bayrisch Bier, inländisches Gebräu.**

Unternehmer wollen die Bedingungen einsehen und unterzeichnen und dann verschlossen, mit der Aufschrift „Naturalien-Lieferung" versehene Offerten **bis 15. Februar 1884 Vormittags** ½10 Uhr franko anher einsenden.

Leipzig, 8. Februar 1884.

**Königliches Garnison-Lazareth.**

## Nichtamtlicher Theil.

### Die englische Ministerkrisis.

Die Niederlage Baker Paschas hat die Stellung Gladstone's unhaltbar gemacht, der Sturz der gegenwärtigen Regierung in England steht unmittelbar bevor. Jetzt, nachdem das Unglück geschehen ist, was durch rechtzeitige energische Maßregeln hätte verhütet werden können, entfaltet das Ministerium eine fieberhafte Thätigkeit. Der Telegraph ist in fortdauernder Bewegung und sendet Befehle nach Egypten an Admiral Hewitt in Suakim und an Baring nach Kairo. Der Commandant des Transportdampfers „Euphrates", welcher zufällig gerade zur rechten Zeit mit Truppen aus Indien in Suez angekommen ist, hat Befehl erhalten, dort auf weitere Bestimmungen zu warten. 8000 Mann sollen in acht Tagen nach Nubien abgehen. 500 Matrosen und Marinesoldaten sind bereits unterwegs nach dem Kriegsschauplatz. Das Alles ist das Werk 24stündigen thatkräftigen und entschlossenen Vorgehens der Regierung; man ersieht daraus, was hätte geschehen können, wenn die jetzt vorhandene Einsicht sich früher geltend gemacht hätte. Heute ist es zu spät und Lord Derby bemüht sich vergeblich, seinen Parteigenossen klar zu machen, daß es die Ehre und die Hilfsquellen des Landes aufs Spiel setzen heiße, wenn man sich bemühen wollte, den für Egypten verlorenen Sudan wieder zu erobern; die Häfen des Rothen Meeres seien es allein, welche des Schutzes bedürften. Mit solchen lahmen Aussichten läßt man sich in England jetzt nicht mehr hinhalten, man ist im Gegentheil davon überzeugt, daß die Ehre des Landes die Ausdietung aller Kräfte erheischt, um weiteren Schaden abzuwenden. Jetzt ist Salisbury der Mann des Tages, der schon am 8. Februar im Oberhause erklärte, daß der Khedive kein Recht habe, den Sudan aufzugeben.

Wie Gladstone die gegenwärtige Lage auffaßt, beweist folgender Vorfall, der sich am Tage der Parlamentseröffnung abspielte. Das conservative Mitglied des Unterhauses Bourke stellte einen Antrag, der mit folgenden Worten begann: „Wir bedauern ergebenst die Aufmerksamkeit der Königin auf den Mißerfolg, welcher bisher alle Versuche des Cabinets, die egyptischen Angelegenheiten auf eine gesunde Grundlage zu stellen, begleitete, sowohl bezüglich der Reorganisirung der Justizpflege als der befriedigenden Lösung der Finanzfrage wie der Herstellung von Ruhe und Sicherheit in den Grenzprovinzen. Die jetzige Politik bewirkte blos eine Schwächung der Autorität der egyptischen Regierung, ohne dafür einen genügenden Ersatz zu bieten." In dem Antrage heißt es ferner, daß ein solches Verhalten Erfahren für Egypten in sich schließe und die Verantwortung Englands sowohl Egypten wie den europäischen Mächten gegenüber erhöhe. Das Ministerium Gladstone mußte die Verhandlung über diesen Antrag zu hintertreiben und zu einer Zeit die Abstimmung vernehmen zu lassen, während deren die große Mehrzahl der Mitglieder des Hauses das Mittagsmahl einnahm. Von den 636 Abgeordneten waren nur 97 anwesend und von diesen stimmten 77 für die Verwerfung des Antrages, während die allermeisten Abwesenden mit dem Antragsteller einverstanden waren. Aber mit solchen kleinen Kunststücken ist das Ministerium nicht mehr zu halten; zwei Tage später kündigte Northcote im Unterhause und Salisbury im Oberhause das Mißtrauensvotum gegen die Regierung an, und wenn die Abstimmung über diese beiden Anträge stattfindet, werden die Bänke beider Häuser gefüllt sein. Aber Gladstone wird voraussichtlich nicht so lange warten, sondern das Entlassungsgesuch des Ministeriums schon vorher einreichen. Zur Erklärung der Schwierigkeiten, mit welchen die Regierung in Folge ihrer Unfähigkeit zu kämpfen hat, kommt es, auch noch die Nachricht von der Gefangennahme des Generals Gordon. Der Kriegsminister Hartington erklärte zwar, daß er davon keine Nachricht habe, er wußte aber auch nichts von dem unglücklichen Ausfall in Sinkat, als schon alle Welt darüber unterrichtet war, also ist darauf nichts zu geben.

Eine schwerere Anklage gegen das Ministerium Gladstone kann nicht ersonnen werden, als der Zustand, in welchem sich die Truppen Baker Paschas befinden. Nach einem Treffen, welches er mit achtfacher Uebermacht gegen eine Abtheilung des Heeres des Mahdi bestand, hatte er von 7750 Mann nur noch 3500 Mann übrig, 2250 Mann, darunter 96 Officiere, waren gefallen, und von dem Rest hat der dritte Theil die Waffen eingebüßt. Die gerühmten Schwarzen Zebehr Paschas haben sich am 4. Februar als ebenso unbrauchbar erwiesen, wie die egyptischen Truppen, beide warfen beim Beginn des Treffens die Waffen fort und die Führer, Baker Pascha mit seinem Stabe waren in Gefahr von ihren eigenen Leuten getödtet zu werden, wohl weniger, weil diese auf Verrath sannen, als weil sie aus Furcht den Kopf verloren und ihre Gewehre abfeuerten, gleichviel nach welcher Richtung. Mit solchen Truppen kann Baker Pascha selbstverständlich keinen ferneren Angriff wagen, er ist so lange auf die Defensive angewiesen, bis frische Truppen aus England angekommen sind; Sinkat und Tokar sind jetzt der Vernichtung preisgegeben, die siegreichen Truppen des Mahdi werden keine Schonung walten lassen.

Auch General Gordon hat ganz andere Verhältnisse vorgefunden, als er erwartet hat. In Korosko bot sich kein Feld für seine versöhnende Thätigkeit, die Araberstämme, auf deren Unterstützung er gerechnet hatte, waren in hellem Aufruhr begriffen und ganz und gar nicht in der Verfassung, begütigenden Vorstellungen ihr Ohr zu leihen.

Das ist die Lage, welche das Ministerium Gladstone durch seine Kopflosigkeit herbeigeführt hat und für welche es die Verantwortung trägt, Egypten und Europa gegenüber. Aus der Art und Weise, wie sich die egyptischen und schwarzen Truppen bei Tokar benommen haben, läßt sich auch ein Rückschluß ziehen auf den Werth der Lorbeern, welche General Wolseley bei Tel el Kebir errungen hat. Soldaten, welche angesichts des Feindes einfach ihre Waffen fortwerfen, lassen sich allerdings leicht besiegen, der Ruhm, ihre Verschanzungen zu erstürmen, ist nicht groß. Aber woher kommt es, daß die Egypter frig und unzuverlässig sind? Sie sollen sich für eine Regierung schlagen, von der sie niemals etwas Anderes als Unterdrückung und Aussaugung erfahren haben; an den gefährlichsten Punkten, welche nur durch die hingebendste Tapferkeit ihrer Vertheidiger dem Feinde streitig gemacht werden können, wie Chartum, sind Truppen, die seit Monaten, vielleicht seit Jahren, keinen Sold bekommen haben! Das Gefühl der Treue an einen angestammten Fürsten oder der Vaterlandsliebe kann da, wo solche Regierungsgrundsätze herrschen, nicht aufkommen, und natürlich wird Derjenige mit offenen Armen empfangen, welcher die Errettung aus solcher Noth zu bringen scheint, wie der Mahdi.

Wenn das Ministerium Gladstone 100,000 Pfund für die Versöhnungsbestrebungen des Generals Gordon in Bereitschaft hatte, warum verwendete es nicht diese Summe ein Jahr früher, um den rückständigen Sold der egyptischen Truppen zu zahlen und dadurch das Interesse derselben an England zu ketten? Das wäre jedenfalls eine zweckmäßigere Ausgabe gewesen, als die Hatzjagd von Räubern zu reizen, welche dem Friedensbringer seine rechten Gamen abnehmen, noch ehe er sie dem Mahdi anbieten konnte. Das Ministerium Gladstone hat seinen Sturz selbst systematisch herbeigeführt und wenn etwas zu bewundern ist, so ist es nur die Langmuth des englischen Volkes, welches eine so greifenhafte unfähige Regierung über alle Gebühr lange ertragen hat. Freilich decken sich die Regierungsgrundsätze des abtretenden Cabinets mit den Wünschen und Meinungen eines großen Procentsatzes der Engländer, sonst wäre die Politik des letzten Jahres überhaupt unmöglich gewesen.

### Leipzig, 9. Februar 1884.

* Allgemeiner Annahme zufolge ist als Termin der Eröffnung des Reichstags ein Tag zu Anfang März in Aussicht genommen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn dieser Termin bald amtlich festgestellt und bekannt gemacht würde. Die parlamentarische Geschäftseintheilung nicht nur, sondern auch die privaten Dispositionen der Abgeordneten machen es wünschenswerth, daß die Bekanntmachung des Termins für den Wiederbeginn der Reichstagssitzungen bei Zeiten erfolgt.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bestätigt, daß ein Nachtragsetat für Marinezwecke dem Reichstag in der bevorstehenden Session zugehen wird. Es wurde officiös wiederholt in Abrede gestellt, daß Nachtragsetats zu erwarten seien. Voraussichtlich wird dieser aber nicht der einzige sein. Die Mehrforderung soll, im Widerspruch zu anderen Meldungen von weit höheren Beträgen, 18 Millionen Mark betragen und sich ausschließlich auf Vermehrung der Torpedoboote beziehen. Von den früher viel besprochenen militairischen Anforderungen ist es neuerdings ganz still geworden.

* Es scheint der Erwähnung werth, daß heute bereits zum zweiten Mal binnen kurzer Zeit in der „Nordd. Allg. Ztg." betont wird, es sei ein Fehler des jetzt geltenden deutschen Preßgesetzes, daß bei der Regelung der Verantwortlichkeit für den Inhalt der Zeitungen nicht auch die gewerbliche Seite der Zeitungs-Unternehmungen ins Auge gefaßt worden. Dies war bekanntlich während der Reaction der fünfziger Jahre der Fall: die Presse wurde dadurch gekrebelt, daß Verleger und Drucker fürchten mußten, zur Strafe für die vermeintliche Beleidigung eines Ministers oder dergl. ruinirt zu werden. Es ist interessant, daß der Wunsch nach der Wiederherstellung solcher Zustände jetzt wieder auftaucht.

* Das in Vorbereitung begriffene deutsche bürgerliche Gesetzbuch wurde kürzlich von dem Münchener Rechtsanwalt Dr. jur. Harlanger in einem Vortrage behandelt, welcher sehr interessante Mittheilungen über den Stand der wichtigen Angelegenheit enthält. Nach dem Berichte führte der Vortragende Folgendes aus: „Durch das Reichsgesetz vom 20. December 1873 ist die Zuständigkeit des Reiches ausgedehnt auf die ganze Civilgesetzgebung, während die Reichsverfassung selbst nur einzelne Materien (Handels-, Wechsel- und Obligationsrecht) enthält. Am 28. Februar 1874 setzte der Bundesrath eine Commission von fünf Juristen nieder mit der Aufgabe, über Plan und Methode behufs Aufstellung eines Entwurfs eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs gutachtliche Vorschläge zu machen. Gemäß dem Gutachten dieser Commission wurde am 22. Juli 1874 eine Commission von elf Mitgliedern (die eigentliche „Gesetzgebungscommission") ernannt mit der Aufgabe, einen Gesetzentwurf für ein deutsches bürgerliches Recht auszuarbeiten. Diese Commission nahm am 17. September 1874 ihre Arbeiten auf und wählte aus ihrer Mitte fünf Referenten, welche die fünf Theile des Entwurfes zunächst selbstständig, jedoch unter Fühlung mit den anderen Referenten und Commissionsmitgliedern herstellen sollten, dann erst sollte die Commission zu Plenarberathungen zusammentreten behufs Durchberathung des ganzen Entwurfs. Die fünf Referenten brauchten zur Herstellung der betreffenden Theilentwürfe sieben Jahre. Am 1. October 1881 trat die Commission sodann zur ersten Lesung des Entwurfs in Berlin zusammen. Bis zum 31. December 1883 hat sie in etwa 270 Sitzungen den „allgemeinen Theil" mit Ausnahme der Lehre von den juristischen Personen und des internationalen Privatrechts, sowie das gesammte Obligationenrecht erledigt. Danach läßt sich annähernd berechnen, wie lange die Berathung der drei übrigen Haupttheile des Entwurfs dauern wird. Hierauf wird der ganze Entwurf veröffentlicht werden, um die Stimmen der Kritik zu sammeln. Dann wird die Commission zu einer zweiten Lesung des Entwurfes zusammentreten, worauf derselbe an die gesetzgebenden Factoren (Bundesrath und Reichstag) abgeliefert werden wird. Daß bis zur Einführung des neuen deutschen Civilgesetzbuches noch eine Zeit von mindestens 10 bis 15 Jahren verstreichen wird, dürfte nach dem Dargelegten einleuchtend sein. Allein gut Ding will Weile haben, und je gründlicher die Vorarbeiten gemacht werden, desto besser und segensreicher wird das große Werk selbst werden."

* Aus Posen, 6. Februar, wird uns geschrieben: „Ueber die soziale Bedeutung des Adels in der polnischen Gesellschaft läßt sich der „Orednik" (das sogenannte Bürgerorgan) in folgender Weise aus: „Unser Adel ist noch immer der vorzüglichste Theil unserer Gesellschaft. Ohne ihn würde es mit der Arbeit für unsere nationalen Bedürfnisse recht traurig stehen. Alle unsere nationalen Institutionen verdanken ihm ihre Entstehung. Lange Jahre hindurch wurden sie ausschließlich durch sein Geld unterstützt, und noch heute läßt er ihnen sehr reichliche Unterstützungen zufließen. Unsere Industrie in den größeren Werkstätten, unsere Fabriken existiren hauptsächlich durch die Kundschaft des Adels, und so manches polnische Unternehmen würde in Concurs gerathen, wenn der Adel seine Hand von ihm zurückzöge. Vielleicht ist dies nicht gut, vielleicht sogar schlimm, aber es ist einmal so. Es kommt dies daher, weil der Adel im Vergleich mit den übrigen Volksschichten das größere Capital repräsentirt. Was sich von letzterem im Besitz der übrigen Volksclassen befindet, ist, alles zusammengenommen, so gering, daß es gar nicht in Betracht kommt. Bezüglich der Rettung unserer Nationalität darf man nicht außer Acht lassen, daß der Adel bis in die jüngste Zeit der Träger und Pfleger der nationalen Tradition, des nationalen Geistes war, mit dem er die übrigen Volksschichten erwärmte. Was die übrigen Volksschichten in nationaler Hinsicht für die polnische Gesellschaft gethan haben, ist im Vergleich mit der Arbeit und dem Verdienst des Adels ebenfalls gering. Die Geistlichen allein, welche fast ausschließlich aus den mittleren Volksschichten hervorgehen, können wegen ihrer höheren Bildung und weil sie materiell besser situirt sind, in dieser Hinsicht dem Adel an die Seite gestellt werden. Im letzten Jahrzehnt des Culturkampfes haben sich diese Verhältnisse augenscheinlich insoweit geändert, als die Zahl der dem Mittelstande angehörigen Vertheidiger der Nationalrechte und der nationalen Interessen in fortwährendem Wachsen ist. Aber dies geschieht erst seit 10 Jahren, und es ist dies erst der Anfang der socialen Umgestaltung; inzwischen erhalten die mittleren und unteren Volksschichten heute noch, wie früher, vom Adel Führerschaft, Anregung, Rath und Unterstützung. Es ist aber, wie wir so oft in unserem Blatte ausgeführt haben, sonnenklar, daß diese auf die übrigen Volksschichten so vortheilhaft einwirkende Stellung unser Adel nur so lange zu behaupten vermag, als er sich im Besitze seines erblichen Grund und Bodens befindet. Wo der Adel verarmt ist, wo er ausgekauft wird, dort hört sein politischer Einfluß auf, dort bleiben die mittleren und unteren Volksschichten vereinsamt und auf die eigenen Kräfte angewiesen. Und jetzt entsteht die Frage, was mit vielen Volksschichten geschehen wird; ob sie sich nur mit Hilfe der höheren Classen als Polen fühlen können oder ob sie das polnische Nationalbewußtsein auch ohne Anregung seitens der höheren Classen festhalten und ihre Rechte mit eigener Kraft vertheidigen werden. Zur Beantwortung dieser Fragen nehmen wir die Statistik zur Hilfe. Nach den Berechnungen des Herrn Ludwig von Jochinski zählt das Großherzogthum 533 adlige Gutsbesitzer mit etwa 3000 Seelen. Nehmen wir an, daß eine gleiche Zahl von Adligen von Capitalerben oder auf andere Weise ihre Existenz hat und daß die gebildeten und nichtadligen wohlhabenden Familien, welche das Verständniß der polnischen Nationalrechte haben und bereit sind, sie zu vertheidigen, etwa 100,000 Seelen zählen, so würden beide gebildeten Classen zusammen etwa 106,000 Seelen betragen. Dazu käme dann eine ganze Million Seelen der mittleren und unteren Volksclassen, von denen man heute noch nicht sagen kann, ob sie bei ihrer unzureichenden politischen Bildung dem Andrange der Germanisirung werden Widerstand leisten können. Aus dieser Million müssen wir dann natürlich immer mehr Vertheidiger unserer Nationalrechte heranzubilden suchen."

* * *

* Ueber die parlamentarische Lage in Pest wird der „Politischen Corresp." vom 5. d. Mts. geschrieben: „Die Mischehe-Frage, welche so viel Staub aufgewirbelt hatte, ist nunmehr von der Tagesordnung der ungarischen Politik verschwunden. Es läßt sich jetzt constatiren, daß es nicht möglich war, diese Frage, sei es gegen die Regierung, sei es gegen die liberale Partei, mit Erfolg auszubeuten, obgleich alle erdenklichen Mittel aufgeboten wurden, um einerseits die Stellung der Regierung zu erschüttern, andererseits das Land in die Bahnen der Reaction zu lenken. Gerade die oppositionellen Elemente waren es, welche in Folge des Kampfes im höchsten Grade zerwirrt wurden, und die maßgebenden Mitglieder der Oberhausopposition schreckten vor der Fortsetzung des Kampfes gegen die Regierung zurück, da sie einsahen, daß man Halt machen müsse, wenn anders nicht gefährlichen Elementen ein Dienst geleistet werden sollte. Die Stellung der Regierung hat sich auf diese Weise consolidirt, ohne daß sie das Mindeste von ihren liberalen Bestrebungen für die Zukunft aufgegeben hätte. Man darf vielmehr annehmen, daß die reactionairen Bestrebungen sich nahezu ausgetobt haben, und daß dieselben, wenn sie auch neue Kraftanstrengungen machen sollten, keinen Erfolg erzielen werden. — Die zweite Frage, welche in der letzten Zeit im Vordergrunde der politischen Angelegenheiten stand, — die kroatische — kann von der Tagesordnung überhaupt nicht abgesetzt werden. Sie wurde jedoch in friedliche Bahnen gelenkt. Die Berufung des Banus steht aber mit keinerlei principiellen Fragen im Zusammenhange. In der nächsten Zeit werden die beiden Sectionschef-Posten besetzt werden und die Regierung wird neue Kraft gewinnen und die Verwaltung wird verbessert werden. Der kroatische Landtag wird kaum vor Ende Mai oder Anfang Juni wieder einberufen werden können. Seine erste Aufgabe wird in der Feststellung des Budgets bestehen, da die Indemnität mit Ende Juni, das Mandat des Landtages aber im August abläuft. Eine weitere wichtige Aufgabe des Landtages wird die Wahl der behufs Verhandlung der kroatischen Beschwerden zu entsendenden Regnicolar-Deputation bilden."

* Wie der „P. C." aus Petersburg mitgetheilt wird, wurden in das diesjährige russische Budget 8 Millionen Rubel für den Bau von Kriegsschiffen eingestellt. In dortigen Marinekreisen spricht man aber von dem großen Plane einer auf 20 Jahre zu vertheilenden allmäligen Reorganisation und Ergänzung der russischen Kriegsmarine, welche einen Kostenaufwand von etwa 165 Millionen Rubeln involviren würden. Es fragt sich, ob das Project nicht an finanziellen Schwierigkeiten scheitern oder doch wesentliche Modificationen erfahren wird; es besteht aber und wird seitens der russischen Marineverwaltung ernst ins Auge gefaßt. Namhaftere Ausgaben harren auch der Kriegsverwaltung, da in mehreren Garnisonstädten und Festungen im Westen, wie in Wilna, Minsk, Dembin, Modlin und Kiew, neue und große Militairmagazine anzulegen sind.

* Seit einiger Zeit wird in den Moskauer Blättern wiederholt geklagt, daß die Russificirung in Polen nicht allein gar nicht vorwärts schreite, sondern vielmehr die in Polen stehenden russischen Officiere ihre Nationalität verlieren und an das polnische Wesen sich sympathisch anschließen. Die in Moskau erscheinende Zeitschrift „Sowremennyja Iswestija" veröffentlicht nun über jene Wahrnehmung ein Schreiben einer russischen Dame, dessen wesentliche Stellen folgendermaßen lauten: „Im verflossenen Jahre mußte ich auf einer Reise mich einige Tage in Warschau aufhalten und konnte mich überzeugen, daß die Polen nicht russificirt seien, sondern vielmehr die Russen zu Polen werden, was sogar bezüglich der russischen Officiere zu Polen werden, fällt. Ein Officier, durchaus kein Jüngling mehr, äußerte sich, Rußland müsse ein wirkliches Zarthum Polen schaffen, um sich die Deutschen vom Leibe zu halten. Nur in Polen herrsche Ordnung und Bildung, wie sie in Rußland nicht zu finden seien. Er, der Officier, sympathisire völlig mit den Polen und werde, falls jemals ein Aufstand ausbrechen sollte, nicht gegen dieselben kämpfen. Noch drastischer äußerte sich ein in Warschau lebender russischer Edelmann. Er sagte, wirkliches Wissen und feine Bildung seien nur in der polnischen Gesellschaft zu finden; die Russen seien dagegen nur verrücktes, rohes Gesindel, gleichviel welcher Gesellschaftsclasse sie angehören." — Um diesen Uebelständen abzuhelfen, macht die russische Briefschreiberin den merkwürdigen Vorschlag, ein Gesetz solle bestimmen, daß Russen nur dann Polinnen heirathen dürften, wenn letztere zur griechisch-orthodoxen Kirche übertreten. Die „Sowr. Jew." findet aber diesen Vorschlag zu „rauh" und verspricht sich auch davon keinen Erfolg.